

Liebe Leserinnen und Leser,

der G20-Gipfel in Toronto hat der Forderung nach einer weltweiten Finanztransaktionssteuer (FTS) eine klare Absage erteilt. Die Einigung auf ein einheitliches Vorgehen scheint momentan angesichts der unterschiedlichen Interessen und Ausgangslagen der Mitgliedsstaaten utopisch. Merkel und Sarkozy haben die Forderung nach einer FTS in der EU und der G20 zuletzt vorangetrieben. Nun sollten sie keine weitere Zeit verlieren und zügig eine Finanztransaktionssteuer im Euroraum einführen!

Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung zeigen: An einer Besteuerung der Finanzbranche führt politisch kein Weg vorbei. Die Bundesregierung hat unterdessen beschlossen, Arbeitslose und Hartz IV-beziehende Eltern an den Kosten der Krise zu beteiligen. Von einer substanziellen Beteiligung des Finanzsektors kann aber nicht die Rede sein: die "Finanzmarktssteuer" trägt mit lediglich 6 Mrd. € zum Gesamtpaket von über 80 Mrd. € bei. Nicht nur die Oppositionsparteien bezeichnen das Sparpaket der Bundesregierung als sozial unausgewogen, Kritik kommt auch aus den eigenen Reihen. Angesichts der innenpolitischen Verteilungskämpfe erscheint der Weg zu einer echten "Steuer gegen Armut" noch sehr weit.

Wir möchten an dieser Stelle besonders herzlich all jenen danken, die sich in den vergangenen Wochen an der **Unterschriftensammlung** für den G 20-Gipfel beteiligt haben! Mehr als 62.000 Unterschriften unserer Sammlung von www.makefinancework.org wurden am 23. Juni an den G20-Präsidenten Harper übergeben und am 25. Juni in einer Pressekonferenz in Toronto bekannt gegeben.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Kampagnenaktivitäten im Juni

Entwicklungen im Inland:

24. Juni: In einer Meinungsumfrage von [VENRO](#) votieren 70 Prozent der Befragten für eine Finanztransaktionssteuer.

23. Juni: Schäuble schließt einen [nationalen Alleingang](#) bei der Finanztransaktionssteuer aus. "Die niedrigste Regelungsebene wäre die Euro-Zone."

23.6. Ministerpräsident [Mappus](#) möchte über eine Kapitalertragssteuer oder Finanztransaktionssteuer reden. Die Südwest-CDU will in der Spardiskussion eine größere soziale Ausgewogenheit zu erreichen.

18. Juni: Mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit lehnt der Bundestag die Oppositionsanträge zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer ab. Zum zugehörigen [Plenarprotokoll](#).

16. Juni: Obleute aller (!) Fraktionen im Unterausschuss [Vereinte Nationen und Globalisierung](#) fordern, den deutschen Beitrag zur Erreichung der MDGs "verlässlich" zu leisten. Eine Finanzierungsquelle wird nicht genannt.

14. Juni: Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy wollen im Rahmen der G20 für eine [Finanztransaktionssteuer](#) eintreten und kündigen einen gemeinsamen Brief an die kanadische G20-Präsidentschaft an.

7. Juni: [Sparklausur](#) der Bundesregierung: In der [Finanzplanung](#) sind ab 2012 Einnahmen einer Finanzmarktsteuer von 2 Mrd. € jährlich vorgesehen.

4. Juni: In einer Umfrage von ["Börsennews"](#) unter 1400 Börsenanlegern befürworten 66% die Transaktionssteuer.

Entwicklungen im Ausland:

30. Juni: Der [belgische Vorsitzende](#) des EU-Finanzministerrates rechnet nicht damit, dass die EU-Kommission im nächsten Halbjahr zur FTS aktiv wird. Die Regierungschefs von Großbritannien, Schweden und Tschechien hatten sich zuletzt sehr ablehnend gegenüber der FTS geäußert.

30. Juni: Die US-Demokraten streichen die [Bankenabgabe](#) aus ihrem Gesetzentwurf zur Finanzmarktreform, um eine Mehrheit im Kongress erzielen zu können.

27. Juni: Die [Abschlussklärung](#) des G20-Gipfels lässt lediglich verlauten, es gäbe eine Einigung, die Finanzbranche an den Kosten zu beteiligen. Dazu gäbe es verschiedene Maßnahmen. Die Finanztransaktionssteuer wird nicht explizit erwähnt. Frankreich und Deutschland wollen nun prüfen, ob sich eine Besteuerung des Finanzsektors auf [EU-Ebene](#) einführen lässt. Dies werde unabhängig von der Haltung der anderen G-20-Länder geschehen. In Großbritannien wird es nach den derzeitigen Plänen der britischen Regierung keine Finanztransaktionssteuer, sondern eine Bankenabgabe geben.

26. Juni: Merkel blitzt in [Toronto](#) mit ihrer Forderung nach einer globalen Finanztransaktionssteuer ab. Die Forderung ist bereits nach dem Treffen der G8 chancenlos.

24. Juni: Mehr als [200.000 UnterstützerInnen](#) fordern die G20 zur Einführung einer FTS auf. Mit dabei sind 62.000 Unterzeichner aus der europaweiten Unterschriftensammlung von MakeFinanceWork.

23. Juni: Der legendäre Investor und Großspekulant [George Soros](#) spricht sich für die FTS aus: "Die sollte man ernsthaft prüfen. Vielleicht wäre es gar nicht schlecht, wenn es weniger Liquidität auf den Märkten gäbe."

17. Juni: Beim EU-Gipfel schwören Merkel und Sarkozy die EU auf eine gemeinsame Position für den G20-Gipfel ein, erreicht wird jedoch nur ein [Prüfauftrag](#): Der Vorschlag einer globalen Steuer auf Finanztransaktionen solle „entwickelt und erforscht werden“. Eine [verbindlichere](#) Formulierung scheidet am Widerstand Großbritanniens, Tschechiens und Schwedens.

8. Juni: Österreichs Finanzminister [Pröll](#) fordert eine europäische Finanztransaktionssteuer ab 2011.

6. Juni: Die Finanzminister der G20 treffen sich in Busan/Südkorea und erteilen einer globalen Abgabe oder Steuer auf Bankgeschäfte eine [Absage](#). Schäuble drängt auf europäische Lösung.

2. Juni: EU-Kommissionspräsident [Barroso](#) spricht sich sowohl für eine Bankenabgabe als auch für eine Finanztransaktionssteuer als einander ergänzende Maßnahmen aus.

Kampagnenaktivitäten im Juni

27. Juni: Nach dem mageren Ergebnis des G20-Gipfels fordert die Kampagne [per Pressemitteilung](#) die zügige Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Euro-Raum.

Zum Abschluss des G20-Gipfels findet in Toronto eine [Aktion](#) der internationalen FTS-Kampagne statt: Merkel und Sarkozy geben sich das Ja-Wort zugunsten einer Finanztransaktionssteuer. Doch Miesepeter, wie Kanadas Premier Stephen Harper, wollen diese Hochzeit vereiteln...

24. Juni: G20: [Zeit für FTS ist überreif](#). In Toronto werden die weltweit gesammelten hunderttausende Unterschriften im Rahmen einer Pressekonferenz bekannt gegeben.

23. Juni: In Ottawa überreicht die kanadische NGO-Koalition ["At the Table"](#) insgesamt 1,7 Millionen Unterschriften aus verschiedenen Petitionen an den kanadischen Premierminister und G20-Präsidenten Stephen Harper. Mit dabei sind 62.000 Unterschriften von [MakeFinanceWork](#), 37.000 Unterschriften stammen aus Deutschland - davon 12.000 handschriftlich gesammelte Unterschriften auf Papier. Ein Dank an alle Unterstützerinnen und Unterstützer!

17. Juni: Auf evangelischer Seite tritt die erste Landeskirche, nämlich die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern, der Kampagne bei. Das Bündnis wächst damit auf 63 Organisationen.

16. Juni: [Gemeinsame Erklärung](#) deutsch-französischer Kampagnenorganisationen zum EU/G20

Gipfel.

16. Juni: [Protestpost](#) nach Toronto. In einer Postfiliale wird ein Paket mit 55.000 Unterschriften aus der G20-Petition von [MakeFinanceWork](#) aufgegeben und nach Toronto geschickt. In den folgenden Tagen kommen weitere 7.000 Unterschriften dazu.

3. Juni: Die Referentenunterlagen der Fachtagung Steuer gegen Armut sind [online erhältlich!](#)

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org